

Basel-Stadt: Entwurf Laufbahnverordnung

## Mit Quoten zu mehr Gerechtigkeit?

**Die Verordnung über die Beurteilung und die Laufbahntscheide der SchülerInnen der Volksschule und der weiterführenden Schulen – oder kurz Laufbahnverordnung (LBV) – soll die Übertritte der SchülerInnen in eine andere Schulstufe oder das Überspringen einer Klasse regeln. Der Anhörungsentwurf enthält unter anderem auch kantonale Richtwerte.**

Neben zahlreichen Überlegungen und Varianten zum Inhalt von Zeugnissen, Lernberichten, zu den Fächern und ihrer Gewichtung etc. schlägt der Entwurf der LBV\* auch die Einführung von kantonalen Richtwerten für die Übertritte in die Leistungszüge der Sekundarschule und in die weiterführenden Schulen sowie für das Überspringen eines Schuljahres vor.

**Konkrete Richtwerte/Quoten** • Konkret sollen laut Paragraph 83 der LBV folgende durchschnittliche kantonale Richtwerte gelten:

Von der Primarschule sollen je 33% der SchülerInnen in den A-Zug, den E-Zug und den P-Zug der Sekundarschule übertreten.

- Von der Sekundarschule sollen höchstens 15% aller SchülerInnen in die FMS übertreten, wobei mindestens 10% aus dem A-Zug.
- In das Gymnasium sollen höchstens 30% der SchülerInnen übertreten, wobei mindestens 10% aus dem E-Zug.

- Ohne Anschlusslösung in Bildung oder Ausbildung sollen 0% der SchülerInnen der Sekundarschule sein.

- Mindestens 10% der SchülerInnen sollen in Kindergarten und Primarschule ein Schuljahr überspringen.

- Mindestens 5% der SchülerInnen sollen in der Sekundarschule ein Schuljahr überspringen.

Weichen nun die Quoten mehr als 5% vom kantonalen Richtwert ab, sorgen die Volksschulleitung und die Leitung der weiterführenden Schulen für geeignete Massnahmen, damit die Richtwerte wieder eingehalten werden können. Welche Massnahmen das sein könnten, wird nicht ausgeführt. Weichen die durchschnittlichen Quoten während fünf aufeinander folgender Jahre mehr als 5% vom Richtwert ab, sind die entsprechenden Bestimmungen für den Übertritt oder das Überspringen entsprechend anzupassen.

**Gerechtigkeit durch Zwang?** • Mit der Festlegung von Richtwerten für den Übertritt in die Sekundarschule soll garantiert werden, dass die drei Leistungszüge gleich gross werden. Diese Zielsetzung ist verständlich, es ist jedoch zweifelhaft, ob Quoten das richtige Mittel sind, um den A-Zug der Sekundarschule attraktiver zu machen. Mit den Quoten für den Übertritt in die weiterführenden Schulen, also in die

Fachmaturitätsschule (FMS) oder das Gymnasium soll die Gymnasialquote gesenkt werden und es sollen mehr Jugendliche direkt nach der obligatorischen Schulzeit in die Berufsbildung geschleust werden. Es ist sicher wichtig, dass die Berufsbildung attraktiver gestaltet wird, doch dies soll nicht mittels Quoten, die Zugangsbeschränkungen für die weiterführenden Schulen nach sich ziehen werden, angestrebt werden. Solange der Lehrstellenmarkt nicht einen gewissen Überhang an attraktiven Ausbildungsstellen bietet, solange die Jugendlichen also nicht die freie Wahl der Berufsbildung haben und auch die Gewissheit, eine erfolgreiche Zukunft auf dem Arbeitsmarkt zu haben, werden das Gymnasium und die FMS ihre starke Anziehungskraft behalten. Mit Übertrittsquoten werden schwächere SchülerInnen zurückgebunden, aber Gerechtigkeit wird damit nicht erreicht.

• Heidi Mück

\* Die LBV wurde bis Mitte Januar einer verwaltungsinternen Anhörung unterzogen. Die ausführlichen Unterlagen sowie die detaillierten Fragen zu dieser Anhörung sind unter [www.schulharmonisierung.ch](http://www.schulharmonisierung.ch) zu finden.

Die ausführliche Stellungnahme der GE: [www.vpod-basel.ch](http://www.vpod-basel.ch) > Branchen Bildung > GE > aktuell.

## Starke Aktionen



«Luftpost» für Landrat und Regierung: Die Gute Schule BL darf nicht weggespart werden.

**Das Entlastungspaket der Basellbieter Regierung löst beeindruckende Protestaktionen aus. Bis zur Behandlung im Landrat und den absehbaren Volksabstimmungen brauchen die GegnerInnen der Sparmassnahmen einen langen Atem.**

Begonnen hat alles in Muttenz. Die Protestversammlung im grossen Mittenza-Saal war der fulminante Start einer Welle von Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen. An dieser ersten Versammlung am 26. Oktober waren Vertretungen aller Bereiche, die vom Entlastungspaket betroffen sind, präsent – von den Umweltverbänden über den Denkmalschutz, von den Gemeindeangestellten über die Lehrpersonen bis zu den Gräuen Pan-

### Budgetdebatte im Landrat

#### Ungebremster Spartrieb

Trotz den eindrücklichen Protestkundgebungen gegen das Entlastungspaket lehnte der Landrat in der Budgetdebatte vom 14. Dezember 2011 die meisten Anträge zur Aufhebung oder zur Milderung von Sparmassnahmen ab. SP und Grüne hatten für das Budget 2012 insgesamt 28 Änderungsanträge eingereicht. Zahlreiche Anträge betrafen den Bildungsbereich und hatten zum Ziel, die im Entlastungspaket vorgeschlagenen Sparmassnahmen zu verhindern. Die bürgerlichen Fraktionen liessen sich jedoch nicht auf eine Diskussion über einzelne Massnahmen des Entlastungspakets ein, sondern beharrten darauf, das Budget möglichst unverändert zu verabschieden. Die Budgetdebatte kann somit nur als «Zwischengefecht» bezeichnet werden. Im März wird voraussichtlich die Parlamentsdebatte zum Entlastungspaket stattfinden, Termin für die entscheidenden Volksabstimmungen ist der 17. Juni. Der vpod wird sich weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Entlastungspaket zur Wehr setzen.

thern. Schon in Muttenz wurde deutlich, dass der Schulbereich übermässig betroffen ist und dass die Betroffenen dieses Bereichs zu weitergehenden Aktionen bereit sind.

**Bunter Protest** • Rund einen Monat nach der ersten Protestversammlung fand am 25. November ein Protesttag statt, an dem zahlreiche Schulen teilnahmen. So veranstalteten zum Beispiel alle Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen der Gemeinde Birsfelden eine halbstündige Aktion an der die schwarz gekleideten Lehrpersonen Protestkarten an den Landrat mit bunten Ballonen in den Himmel steigen liessen. Das KV Bildungszentrum Muttenz hielt eine Protestlesung ab, während die Kindergärten, Primarschulen und Sekundarschulen von Muttenz eine Protestpause mit anschliessendem Sternmarsch und Schlusskundgebung mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen auf dem Dorfplatz durchführten. In Liestal wiederum hielten zwei Sekundarschulen eine Protestpause ab. Am 1. Dezember fand in kleinerem Rahmen eine Mahnwache im Kerzenschein vor dem Landratsgebäude statt. Die LandrätInnen wurden damit aufgefordert, sich vor der Budgetdebatte noch einmal ernsthaft Gedanken zu machen, was sie aufs Spiel setzen, wenn sie den Abbaumassnahmen des Entlastungspakets zustimmen. Anlässlich der Budgetdebatte vom 14. Dezember riefen die Personalverbände zu einer grossen Protestkundgebung vor dem Landratsgebäude auf. Über 500 LehrerInnen, SchülerInnen und weitere solidarische Personen zeigten ihren Unmut über das Entlastungspaket. In verschiedenen Reden wurde unter anderem auch die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre kritisiert.

**Den Schwung behalten** • Die Aktionen und Kundgebungen waren für die Teilnehmenden wichtige und positive Anlässe, so äusserten mehrere Lehrpersonen, dass es ein gutes Gefühl gewesen sei, endlich aktiv zu werden und nicht immer «die Faust im Sack» zu machen. Dieses positive Gefühl gilt es nun zu bewahren, denn die wichtigen Auseinandersetzungen stehen uns noch bevor. Es sind dies die Landratsdebatte zum Entlastungspaket im März sowie die Volksabstimmungen vom 17. Juni zu den vier Schulinitiativen.

Heidi Mück •

## Sans-Papiers und Schule

Schätzungen zufolge leben in der Schweiz zwischen 70 000 und 300 000 Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, darunter auch mehrere Tausend Kinder. Obwohl sie offiziell überhaupt nicht existieren, verbringen diese Sans-Papiers-Kinder oft ihre gesamte Kindheit in der Schweiz. Angst vor Entdeckung und «Ausschaffung», soziale Isolation, Armut sowie ungewisse Zukunftsperspektiven prägen ihren Alltag. Der vpod hat im Jahr 2008 zusammen mit anderen Verbänden sowie den Sans-Papiers-Anlaufstellen den «Verein für die Rechte illegalisierter Kinder» gegründet und die Kampagne «Kein Kind ist illegal!» durchgeführt. Diese verlangt, dass das Recht auf Bildung – das von der Schweiz ratifizierte internationale Abkommen wie die UN-Kinderrechtskonvention sowie die Bundesverfassung für alle Kinder garantieren – auch den Sans-Papiers-Kindern zugestanden wird. Faktisch besuchen heute wohl die meisten dieser Kinder die obligatorische Schule. So liegen etwa in den Kantonen Basel-Stadt oder Zürich Weisungen der Erziehungsdepartemente vor, dass die Schulpflicht auch für diese Kinder gilt. Damit sie durch den Schulbesuch nicht Gefahr laufen, «ausgeschafft» zu werden, werden ihre Daten nicht an die Einwohnerbehörden weitergeleitet. Diese Praxis folgt den Empfehlungen der Erziehungsdirektorenkonferenz, die – gestützt von rechtlichen Gutachten – die Haltung vertritt, dass das Recht auf Bildung für Sans-Papiers-Kinder Vorrang vor den fremdenpolizeilichen oder migrationsbehördlichen Überlegungen hat. Dies wird nun von der Zürcher SVP infrage gestellt. Kürzlich hat sie eine Motion im Kantonsrat eingebracht, die alle Behörden, also auch das Erziehungsdepartement, zu einer Weitergabe der Daten über Personen ohne geregelten Aufenthalt an das Migrationsamt verpflichten will. Auch auf Bundesebene gibt es Bestrebungen, die Schulen zur Weitergabe der Daten zu verpflichten. Eine derartige Meldepflicht würde faktisch für Sans-Papiers-Kinder das Recht auf Bildung abschaffen, da sie damit beim Besuch einer Schule unmittelbar von «Ausschaffung» bedroht wären. Um Schulleitungen und Lehrpersonen über die rechtliche Lage der Kinder aufzuklären, hat der vpod die Broschüre «Sans-Papiers-Kinder in der Schule» veröffentlicht. Die Broschüre formuliert Handlungsempfehlungen, wie der Schulbesuch dieser Kinder umgesetzt werden kann, ohne sie dabei zu gefährden.



Johannes Gruber, Leiter des vpod-Projekts «interkulturelle Bildung», Redaktor «vpod bildungspolitik»

# Mit fünf Initiativen Gegensteuer geben

Als Reaktion auf verschiedene Massnahmen des Entlastungspakets wurden insgesamt fünf Initiativen lanciert. Vier davon werden am 17. Juni zur Abstimmung gelangen.

Das Komitee Gute Schule Baselland lanciert eine Initiative nach der anderen. Ausgehend vom Unmut einiger Eltern über drohende «Zwangsverschiebungen» ihrer Kinder in weiter entfernte Schulhäuser wurde im April 2011 die erste Initiative «gegen Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen!» lanciert und nach vier Wochen mit rekordverdächtigen 7161 Unterschriften eingereicht.

**Kaufmännische Vorbereitungsschule** • Die zweite Initiative wie auch die folgenden waren direkte Reaktionen auf das im Juni von der Regierung präsentierte Entlastungspaket 12-15 mit seinen verheerenden Auswirkungen für die Baselbieter Schulen. Ende Juni wurde die Initiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere!» eingereicht, die die Abschaffung der Kaufmännischen Vorbereitungsschule (KVS) verhindern soll. Die KVS ermöglicht schulisch schwächeren SchülerInnen den Zugang zu einer kaufmännischen Ausbildung und ist ein Erfolgsmodell, das in der Bevölkerung wie auch bei den abnehmenden Firmen hohe Anerkennung geniesst. Die Initiative wurde Ende August mit rund 6800 Unterschriften eingereicht.

**Maximale Klassengrössen und optimale Betreuung** • Am 1. September wurden unter dem Titel «Ja zur guten Schule Baselland» zwei weitere Initiativen lanciert. Die dritte Initiative hat zum Ziel, überfüllte Klassen zu reduzieren, und möchte die maximale Klassengrösse an den Primar- und Sekundarschulen (Niveau E und P) von 26 auf 22 senken. Die vierte Initiative möchte die Betreuung der SchülerInnen optimieren, indem die Pflichtlektionen der

Klassenlehrpersonen der Primar- und Sekundarschulen um eine Lektion gesenkt werden. Beide Initiativen wurden Ende Jahr mit über 5200 respektive 4400 Unterschriften als offiziell zustande gekommen erklärt.

**Abstimmung im Juni** • Über diese vier Initiativen wird am 17. Juni abgestimmt, die Regierung beantragt die Ablehnung aller vier Anliegen, denn sie möchte am Sparkurs festhalten. Sowohl auf den Abstimmungskampf als auch auf das Ergebnis der Abstimmung darf man gespannt sein, denn die vier Initiativen behandeln zentrale Aspekte für die Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit (Klassengrössen, Pflichtlektionen, Aufhebung KVS) oder hochemotionale Themen (Zwangsverschiebungen).

**Weiterführung der Berufsvorbereitenden Schule** • Die fünfte und bis jetzt letzte Initiative wurde erst Anfang Februar 2012 lanciert. Sie verlangt die Weiterführung der zweijährigen Berufsvorbereitenden Schule (BVS 2). Die BVS 2 ist ein weiteres Opfer des Entlastungspakets, die unbestritten erfolgreiche Schule ermöglicht schulisch schwächeren SchülerInnen den besseren Zugang zum Lehrstellenmarkt. Wann diese Initiative zur Abstimmung kommen wird, ist noch nicht klar, wurde sie doch erst lanciert, doch sie verdient unsere Unterstützung, genau wie das am 17. Juni zur Abstimmung stehende Paket der vier anderen Initiativen.

Heidi Mück •



Die GegnerInnen der kurzfristigen Sparmassnahmen sind gut aufgestellt. Foto: Frantisek Matous

Basel: Die Finanzkommission zählt

## Invasion der Leitungen ...

Mit auffällender Regelmässigkeit wird die Zunahme der Verwaltungsstellen im Erziehungsdepartement (ED) von Lehrpersonen und PolitikerInnen kritisiert und vom ED negiert oder relativiert. Im *sektor erziehung 4/09* wurde anhand der jeweiligen Staatskalender die Anzahl Stellen der Jahre 1997 und 2009 in der ED-Verwaltung verglichen, wobei eine massive Zunahme festgestellt wurde. Der Leiter Bildung beim ED nahm in der folgenden sektor-erziehung-Nummer Stellung dazu und rechtfertigte die Zunahme mit den steigenden Anforderungen an das Bildungssystem bezüglich Qualität, Steuerung und Entwicklung sowie Information.

Der Bericht der Finanzkommission (Fkom) des Grossen Rates zum Budget 2012 lässt diese Diskussion wieder aufflammen. Die Fkom untersucht in ihrem Bericht die Frage, inwieweit sich das Verhältnis von Lehrpersonen zu weiteren Angestellten an den bzw. für die Schulen verändert hat. Die Schlussfolgerungen sind interessant. Das Verhältnis zwischen zentraler Leitung und Lehrpersonen hat sich seit der Leitungsreform an den Volksschulen folgendermassen verschoben: Die Anzahl der dezentralen Leitungen für die direkte Führung und Unterstützung der Lehrpersonen in den Schulhäusern stieg von 1 zu 25 auf 1 zu 19, also eine Leitungsperson für 19 Lehrpersonen.

Dies ist auf den ersten Blick eine normale Steigerung, denn die Standortleitungen wurden ja mit der Teilautonomie der Schulen massiv ausgebaut. Die zentralen Leitungsstellen wurden aber nur minim abgebaut, auf eine zentrale Leitungsperson kommen neu 27 anstatt 25 Lehrpersonen. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Lehrpersonen und zentraler sowie dezentraler Schulleitung von 1 zu 16 auf 1 zu 11 gestiegen. Es steht also jeweils eine Leitungsperson für 11 Lehrpersonen zur Verfügung! Die Fkom erwartet nun eine Stabilisierung dieser Zahlen, die GE im *vpod* erwartet die nächste Rechtfertigung aus dem ED ...

Heidi Mück •

## Ohne Unterstützung geht es nicht

**Der Kanton Basel-Stadt hat im Mai 2010 dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat zugestimmt. Damit müssen nun möglichst alle SchülerInnen in der Regelschule integriert werden. Bei der konkreten Umsetzung der integrativen Schule klappt jedoch vieles noch nicht, wie das Gespräch mit einer betroffenen Lehrperson zeigt. Wichtig: Dies ist kein Einzelfall!**

**sektor erziehung:** Du bist schon viele Jahre als Lehrperson tätig. Was hat sich verändert, seit die Kleinklassen abgeschafft wurden? Welche neuen Schwierigkeiten gibt es im Schulalltag, im Klassenzimmer? Was läuft falsch?

**Andreas Vogele:** Dadurch, dass möglichst alle Kinder in der Regelklasse integriert werden sollen, hat die Heterogenität innerhalb der Klassen weiter zugenommen. Früher konnten



Andreas Vogele

Foto zVg

verhaltensauffällige, schwierige Kinder bereits im Kindergarten abgeklärt und je nach Befund in einer Kleinklasse auf qualitativ hohem Niveau geschult werden. Heute kommen praktisch alle Kinder in eine Regelklasse und können nur stundenweise von ausgebildeten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen betreut werden. In den weitaus meisten Lektionen müssen die Regellehrkräfte (ohne heilpädagogische Ausbildung) die Betreuung dieser Kinder – und des Rests der Klasse – alleine übernehmen. Dies führt zu einer Überforderung der Regellehrpersonen und oft auch zu unhaltbaren Belastungen für die Klasse. Zudem sind die Klassengrößen unverändert hoch.

**se:** Was braucht es für Sofortmassnahmen, damit diese Schwierigkeiten gemeistert werden können? Und was braucht es längerfristig?

**Andreas Vogele:** Für leistungsschwache und leistungsstarke Kinder gibt es Zusatzangebote, welche die Klasse nicht belasten. Das Haupt-

problem sind die stark verhaltensauffälligen Kinder, welche durch Stören und aggressives Verhalten das Lernklima in einer Klasse sehr stark beeinträchtigen. Sollen solche Kinder separativ geschult werden, muss zurzeit ein mehrstufiges Massnahmenprogramm durchlaufen werden, an dessen Ende dann eventuell der Übertritt in eine Kleinklasse steht. Dieser Prozess dauert aber sehr lange und ist für alle Beteiligten – und nicht zuletzt auch für die betroffenen Kinder selbst – sehr belastend. Ungünstig auf die Entwicklung der Kinder wirkt sich aus meiner Sicht auch aus, dass in dieses Verfahren meist mehrere zusätzliche Personen involviert sind. Oft sind es aber gerade die schwierigen Kinder, welche einen dauernden Wechsel der Bezugspersonen schlecht verkraften. Wünschenswert wäre ein einfacheres Verfahren und generell eine Reduktion der Klassengrösse auf 18 bis 20 Kinder.

**se:** Der GE liegen zahlreiche Berichte aus Schulklassen vor, bei denen die integrative Schulung zu sehr schwierigen Situationen führt; das Erziehungsdepartement spricht hingegen von Einzelfällen. Was sagst du zu dieser Einschätzung?

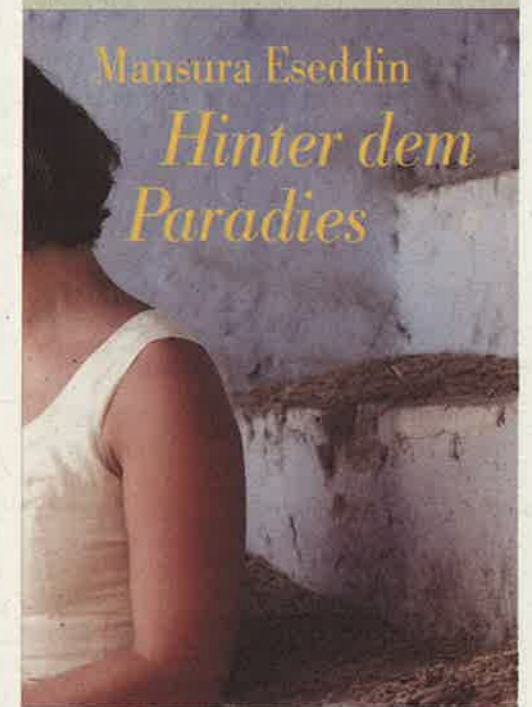
**Andreas Vogele:** Zahlen sind mir keine bekannt. Leider scheuen sich viele Lehrkräfte, zuzugeben, dass sie mit der aktuellen Form der Integration überfordert sind und dass die Klasse und sie selbst darunter leiden. Dies hat zur Folge, dass man nur ab und zu erfährt, dass diese oder jene Lehrperson nicht mehr mag, am Burn-out-Syndrom leidet oder krankgeschrieben ist. Sicher handelt es sich zurzeit noch um Einzelfälle und nicht um die Norm. Aber die integrative Schule ist ja auch noch nicht alt und die Einzelfälle werden sich mehr, wenn nicht geeignete Massnahmen zur Verbesserung getroffen werden. Wünschenswert wäre eine bessere Vernetzung der Schulen, sodass die «Einzelfälle» bekannt werden und man gemeinsam nach Lösungen suchen könnte.

**se:** Welche Gefahren siehst du für die Qualität der Schulen, falls nicht bald adäquate Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung stehen?

**Andreas Vogele:** Die Qualität des Unterrichts leidet, wenn sich die Lehrpersonen mehrheitlich um die Betreuung einzelner Kinder kümmern müssen und dem Rest der Klasse nicht mehr gerecht werden können. Das Erreichen der Lehrziele tritt in den Hintergrund und wird durch das Ziel, eine halbwegs erträgliche Lernatmosphäre zu schaffen, abgelöst. Kinder und Lehrpersonen verlieren die Freude am Unterricht. Lehrpersonen steigen aus dem Lehrberuf aus oder reduzieren ihr Pensum, damit die Belastung erträglich bleibt. Das Ansehen der Staatsschulen leidet, und der Ruf nach Privatschulen, welche wählen können, welche Kinder sie aufnehmen und welche nicht, wird lauter.

## Ägyptisches Dorf

Mansura Eseddin: Hinter dem Paradies. Unionsverlag, Zürich 2011, 190 Seiten, Fr. 28.90. [www.unionsverlag.ch](http://www.unionsverlag.ch)



Mansura Eseddin wurde 1976 in einem ägyptischen Dorf geboren. Sie ist Literaturredaktorin bei einem kulturellen Wochenmagazin und hat bisher drei Bücher publiziert. «Hinter dem Paradies» ist das erste, das auf Deutsch erscheint. Der Roman spielt in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Salma ist die Ich-Erzählerin. Sie und ihre Kindheitsgefährtin Samila stehen in einem rätselhaften Verhältnis zueinander. In einer psychischen Krise ist Salma in ihr Elternhaus zurückgekehrt, um eine Familiengeschichte zu schreiben. Eseddin zeichnet ein farbiges Bild des Dorflebens. So lernen wir die träumerische Tante Nasla kennen, die mit Salmas Mutter tuschelt, oder die Koranlehrerin Scheich Schams, die sich über das kurze Kleid der 5-jährigen Salma empört, oder die schwachsinnige Badr, die immer wieder bei Salmas Onkel auftaucht, damit er sie von der Fussfessel befreit. Weiter schildert Eseddin mindestens einen blutigen Todesfall, mehrere Begegnungen mit dem Geist von Verstorbenen, Familienzwist und Liebesgeschichten. Weil sich im Roman Realität, Traum und Wahn vermischen, muss die Leserin bereit sein, sich auf diese Art des Erzählens einzulassen. Im Buch wird ausserdem ein Stück ägyptische Wirtschaftsgeschichte ins Bild gesetzt: Salmas Vater und Onkel gehörten zu den Bauern, die in den 1970er-Jahren den fruchtbaren Boden in gebrannte Ziegel verwandelten. Bald schon sassen sie brotlos in ihren schönen Häusern, weil die Ziegelindustrie rasch dem Niedergang geweiht war.

Brigit Ulmann Stohler •

### Junges Kairo

Nagib Machfus' Kairo-Roman von 1945 über ein unmoralisches Angebot. [www.unionsverlag.ch](http://www.unionsverlag.ch)